

Vorschlag  
für die Bildung einer Arbeitsgruppe "Sozialschutz" der Arbeitsgemeinschaft  
der Donauländer

Gründe für die Bildung der Arbeitsgruppe:

1./ Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft müssen sich mit vielen ähnlichen gesellschaftlichen Problemen - wie dem Abstieg der ruralen Bevölkerung, der Armut, dem Anderssein, der Romaproblematik, der Arbeitslosigkeit, den Behinderten, der Ausgrenzung in gesellschaftlichem Ausmaß, den Suchtkrankheiten wie Alkoholismus, Drogenabhängigkeit usw. - und zahlreichen unterschiedlichen und unterschiedlich gewichteten sozialen Problemen auseinandersetzen. Daraus ergibt sich, dass die sozialpolitische Praxis der Mitgliedsländer äußerst vielfältig ist und jeweils andere Prioritäten gesetzt werden, außerdem wird sicherlich unter dem Begriff der Sozialpolitik in Deutschland etwas anders verstanden als in Moldawien. Gleichzeitig könnten die benachbarten Regionen viel von einander lernen, es wäre sinnvoll, Erfahrungen auf dem Gebiet des Umgangs mit sozialen Problemen auszutauschen, lernt der kluge Partner doch nicht nur aus den Fehlern der anderen, sondern auch aus deren bewährten "besten Praxiserfahrungen/ best practice".

Zu Recht tauchte daher bei den Vorbereitungsarbeiten der Gedanke auf, dass in der nächsten Zeit mehr Aufmerksamkeit auf die sozialen Probleme der in diesen Gebieten lebenden Bevölkerung und deren Lösung verwendet werden muss. In diesem Rahmen müssen den Institutionen, Organisationen und Experten, die sich mit sozialen Fragen beschäftigen, mehr Raum und mehr Möglichkeiten eingeräumt werden, damit sie ihre Erfahrungen austauschen, ihre Vorschläge unterbreiten und gemeinsam Programme ausarbeiten können, um die schwierigsten Probleme zu behandeln. Die soziale Regelung - Finanzierung - Versorgungsorganisation kämpft sicher mit sehr vielen Problemen und erfordert ein Umdenken auch an den Ufern der Donau.

2./ Es wäre also wünschenswert, wenn auch die Sozialpolitik innerhalb der Arbeitsgemeinschaft den Stellenwert erhalten würde, der ihr ihrer Bedeutung nach zusteht. Die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe an sich ist noch keine Garantie für ein Ergebnis, einen wirklichen Fortschritt, doch das politische Gewicht und die Ressourcen dieses Gebietes würden wachsen, und in dieser Situation könnten die Teilnehmer die Lebensfähigkeit dieser Initiative und deren vielfältigen Vorteile beweisen.

3./ Ein weiteres wichtiges Prinzip, das für die Bildung dieser Arbeitsgruppe spricht ist, dass die Rolle der Sozialpolitik in der Europäischen Union gewachsen ist. Im vereinigten Europa ist die gesellschaftliche Solidarität groß, die Stärkung der wirtschaftlich-sozialen Kohäsion ist ein Grundziel. Die Unterschiede und Spannungen sind nicht erwünscht und lösbar. Die Sozialpolitik wird nicht nur wichtiger, sondern auch "gemeinsamer", die Möglichkeiten für die Zusammenarbeit der Versorgten werden immer vielfältiger.

Das bedeutet einerseits neue Aufgaben für die neuen Mitgliedsstaaten, ist aber auch für die Beitragskandidaten ebenso wichtig. Die Lissabonner Sitzung des Europarates im Jahre 2000 bedeutete einen Wendepunkt in diesem Prozess: das Europäische Sozialprogramm wurde vorbereitet, die Beziehungen zwischen Beschäftigung und Sozialpolitik wurden neu formuliert, die Mitgliedsstaaten erklärten den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den Kampf gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und Armut zu einer legitimen gemeinsamen Angelegenheit. Das von der Union vor kurzem verabschiedete Memorandum zur Gesellschaftlichen Akzeptanz/JIM bedeutet einen weiteren Fortschritt für die Mitglieder der Arbeitsgruppe Nationale Handlungspläne.

Pécs, den 09. September 2004

Péter Tasnádi